

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Krisensymptome am Welt-Stahlmarkt?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Krisensymptome am Welt-Stahlmarkt?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 2, pp. 73-76

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131664>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Krisensymptome am Welt-Stahlmarkt?

Erhöhte Produktionskapazität bei stagnierendem Verbrauch

Ist die Frage überhaupt aktuell, wo wir doch wissen, daß Eisen auch heute noch als Mangelware betrachtet wird, wenn sich auch in einigen Sorten schon eine gewisse Sättigung abzeichnet und dafür nicht mehr jeder Preis angelegt wird? Und überhaupt, die Verteidigungs- und Rüstungsmaßnahmen bestehen nach wie vor weiter, sind in keiner Weise abgeklungen, hat doch die ungeklärte Lage innerhalb der NATO die Vergabe von Rüstungsaufträgen nur verzögert. Dazu kommt der Bedarf für das allen NATO-Ländern gemeinsame Bauprogramm. Und doch wollen die Prognosen, die teilweise recht erheblich voneinander abweichen, über ein in naher Zukunft zu erwartendes Überangebot in Eisen und Stahl nicht verstummen.

Abflauende Hausse am Stahlmarkt

Seit Beginn des Koreakrieges bestand eine anhaltende Hausse am internationalen Stahlmarkt, die nur im Mai 1952 eine kurze Abschwächung erfuhr, als der amerikanische Stahlarbeiterstreik eine erneute Aufwärtsbewegung schaffte. 1951 war das Jahr der hohen Anforderungen der stahlverarbeitenden Industrie aller Länder. Sie gingen aus vom innereuropäischen Investitions- und Verteidigungsaufwand und von der Nachfrage auf den überseeischen Märkten, vor allem den USA. Beträchtliche Auftragsüberhänge, wachsende Lieferfristen und hohe Ausfuhrpreise waren die Kennzeichen am internationalen Stahlmarkt bis in das Jahr 1952 hinein. Die europäische Stahlausfuhr gewann beträchtlich an Boden, nicht allein durch die hohen amerikanischen Einfuhren, sondern auch durch den Rückzug der USA. am Weltstahlmarkt. Vielfach ging dieses große Ausfuhrgeschäft der

westeuropäischen Stahlindustrie auf Kosten der Inlandsversorgung und führte dort zu Spannungen, so daß die Länder England, Deutschland und Frankreich in der zweiten Jahreshälfte freiwillig die Ausfuhr beschränkten.

Als im Mai 1952 sich die erste Schwächetendenz am Ausfuhrmarkt zeigte, die Auswirkungen des amerikanischen Streiks mit einem Produktionsausfall von 20 Mill. t Rohstahl schneller überwunden wurden, als man anfänglich annahm, trat zur rechten Zeit die Bundesrepublik als Käufer auf, konnten doch Frankreich, Belgien und Luxemburg beachtliche deutsche Stahlkäufe verbuchen. Das zeigte aber zugleich den in diesen Ländern schon bestehenden Auftragspielraum.

Seit Oktober/November 1952 glaubt man nun vielfach von einer Wende am internationalen Stahlmarkt sprechen zu müssen. Die Umsätze haben sich in der letzten Zeit wesentlich verlangsamt, und die internationalen Stahlpreise, die bereits seit Anfang 1952 sinkende Tendenz haben, gaben weiter zum Teil beträchtlich nach. In belgischen Kreisen wird diese Entwicklung zum Teil mit den noch unsicher scheinenden Auswirkungen der Schumanplan-Politik auf dem Preisgebiet in Zusammenhang gebracht. Sollten die beiden wichtigen Programmpunkte, Senkung der Gestehungskosten und Erhöhung der Produktion, verwirklicht werden, so würde sich daraus vielleicht ohne direkten Eingriff der Hohen Behörde eine Senkung der Verkaufspreise von selbst ergeben.

Belgien-Luxemburg gelten als ein gutes Barometer für die Entwicklung am Weltstahlmarkt, sind sie doch nach dem Ausfall Deutschlands und den Ausfuhrbeschrän-

kungen der USA, die größten Stahlexporteure der Welt. Sie melden, daß sich die Auftragsbücher langsam leeren, weil die Käufer sich zurückhalten. Die Auslieferungen übersteigen die neuverbuchten Tonnagen. Mit Preisnachlässen hofft man, den belgisch-luxemburgischen Export in dem stärker werdenden Konkurrenzkampf wettbewerbsfähiger zu machen. Die Preisermäßigung gegenüber Deutschland ist durch die französische und saarländische Konkurrenz bedingt, der Wettbewerb der französischen, englischen und japanischen Werke ist verantwortlich für beachtliche Preisrückgänge bei Blechen.

Überdies wird auch von den deutschen Werken die direkte Stahlausfuhr mit einiger Sorge betrachtet, lagen doch die Ausfuhrlieferungen in den letzten Monaten über dem Auftragseingang, so daß der Bestand an Exportaufträgen weiter zurückgegangen ist. Die deutschen Werke konnten sich der französischen und belgischen Preispolitik nicht verschließen, wollten sie in der Stahlausfuhr nicht noch mehr zurückfallen.

Steigende Produktionskapazität

Dabei steigt Europas Stahlerzeugung fortlaufend, nach den jüngsten Angaben des Stahlkomitees der OEEC, für die Mitgliedsländer von 51 Mill. t 1950 auf 56,6 Mill. t 1951 auf 61 bis 61,5 Mill. t 1952. Zurückzuführen ist das auf den gewaltigen Ausbau der Stahlindustrie in Westeuropa.

Der in den letzten Jahren erzielte Anstieg der Weltstahlerzeugung war außerordentlich hoch und hat selbst die Fachleute überrascht. Dabei geht der starke Ausbau der europäischen Eisenindustrie, insbesondere der französischen und der britischen, uneingeschränkt weiter. So beabsichtigt die französische Stahlindustrie, ihre Produktion auf

21 Mill. t (1951: 12,4 Mill. t) zu steigern, und Großbritannien hofft, schon in wenigen Jahren eine Erzeugung von 20 Mill. t (1951: 15,9 Mill. t) zu erreichen. Für 1953 wird mit einer Stahlgewinnung in Westeuropa von rd. 66 Mill. t gerechnet.

Darüber hinaus planen selbst die technisch weniger gut ausgerüsteten Länder die Errichtung neuer Eisen- und Stahlwerke zur Verwertung ihrer eigenen Rohstoffquellen (Kohle und Erz), z. B. Brasilien, Argentinien, Südafrika, Kolumbien und Ägypten. Nach den Prognosen der ECE. und des American Iron and Steel Institute wird für 1953 mit einer Weltstahlerzeugung von 240 Mill. t gerechnet gegenüber 210 Mill. t 1951 und 188,5 Mill. t 1950.

Der Ausbau gilt auch für die Entwicklung in Amerika. Die USA. glauben, im Jahre 1953 mindestens 105 Mill. metr. t erreichen zu können. Wenn die großangelegten Ausbauprojekte sich verwirklichen, dann wird die Produktion eine Vorratsbildung erlauben, wobei anzunehmen ist, daß auch der Export für die USA. wieder an Interesse gewinnt. Sicher haben die USA. für den Weltstahlmarkt eine ziemlich begrenzte Bedeutung, und der Ausfuhrüberschuß an Stahl war angesichts der Größe der Produktion relativ bescheiden. Aber auf das Angebot der europäischen Stahl-exportländer könnte doch immerhin ein gewisser Druck ausgeübt werden. Jedenfalls scheint aber die amerikanische Stahlversorgung langfristig gesichert, und damit dürfte der amerikanische Markt für die europäischen Stahlhändler ziemlich ausfallen.

Der Stahlbedarf wird hoch bleiben

Wird also die europäische Stahlindustrie einem scharfen Kampf entgegengehen mit allen Konsequenzen, die sich daraus für die Verkaufsmöglichkeiten und die Preise ergeben? So pessimistisch ist das Zukunftsbild nun keinesfalls. Noch jüngst hat der zweite Vizepräsident der Hohen Behörde, der Belgier Albert Coppe, in der Sitzung des Ausschusses für Marktentwicklung auf das Gefälle des Stahlverbrauches Europa-Nordamerika hingewiesen. Während der Stahlverbrauch pro Kopf der Be-

völkerung in Europa etwa 200 kg beträgt, erreicht er in den USA. rd. 600 kg. Der Eisenverbrauch ist in allen Teilen der Welt, besonders aber auch in Deutschland, noch sehr weit im Rückstand, Krieg und unmittelbare Nachkriegszeit haben einen gewaltigen Nachholbedarf geschaffen, zumal der kalte Krieg in Europa und die Kriegsereignisse in Korea erneut zur Rüstungsproduktion zwangen und den zivilen Bedarf abermals hintenanstellen ließen.

Wenn sich eine fühlbare Entspannung am internationalen Stahlmarkt einstellt, überdies ist das auch auf anderen Rohstoffmärkten der Fall, wenn sich Zeichen einer gewissen Sättigung am amerikanischen Stahlmarkt erkennen lassen, so bedeutet das noch nicht unbedingt einen gefährlichen Rückschlag. Dafür ist die politische Unsicherheit noch zu groß, die den Verteidigungsbedarf weiter bestehen läßt.

Die Position der Montanunion am Stahlmarkt

Die Höhe der Stahlproduktion eines Landes ist die Kennmarke seiner industriellen Leistungsfähigkeit. Sie bestimmt weitgehend seinen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Rang in der Welt. Erst das Ende des zweiten Weltkrieges fügte die Atomenergie und die technische Leistung der Luftfahrtindustrie als wesentliche Voraussetzung der Weltgeltung hinzu.

Die Stahlproduktion ist standortbedingt. Da die benötigten Grundstoffe, Erz, Kohle und Koks schwere, also teuer zu transportierende Güter sind, siedelt sich diese Industrie auf der Kohle (Ruhrgebiet), auf dem Erz (Lothringen) oder gelegentlich auf einem

Sicher ist, daß eine weiter ansteigende Weltstahlerzeugung Absatzstockungen gegenüber wesentlich empfindlicher ist. Erst wenn der Rüstungsbedarf abflaut, dann wird die Frage bedeutsam, was mit den vorhandenen Stahlmengen, die lediglich noch zivilen Zwecken zur Verfügung stehen, geschehen soll. Es ist eben so, daß bei rückläufiger Konjunktur alle Erzeuger an den Markt drängen, auch die, die in normalen Zeiten daran weniger interessiert sind. Eine Chance bestände für die westeuropäische Stahlindustrie in der unmittelbaren Ausfuhr in die industriell unentwickelten Gebiete. Ausschlaggebend bleibt aber die Ausweitung des europäischen Verbrauchs. Hier dürften noch große ungenutzte Möglichkeiten vorhanden sein, besonders wenn man Westeuropa nicht nach politischen, gebietsmäßigen Gesichtspunkten beurteilt, sondern als wirtschaftliche Gemeinschaft sieht. (Fl.)

günstigen Verkehrsschnittpunkt (Holland) an. Niedrige Transportkosten sind Voraussetzung rentabler Produktion.

Die Stahlindustrie ist entsprechend ihrer Kapitalintensität eine Großindustrie. Ihr Absatzgebiet muß weiträumig und gesichert sein, wenn ihre technische Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden soll, was wiederum die Voraussetzung der Konkurrenzfähigkeit ist. Aus diesen Gründen hat die Stahlindustrie seit langem die Tendenz nationaler, später internationaler Kartellabsprachen über Sicherung der Absatzgebiete und der Preise. Sie hat die besondere Förderung der Regierungen, weil sie der Schrittmacher politischer Macht ist.

Weltproduktion von Stahl und Eisen
(in Mill. t)

Erzeugungsgebiet	1929	1936/38	1947	1951
Bundesrepublik Deutschland	16,2	16,2	3,1	13,5
Saargebiet	2,2	2,4	0,7	2,6
Frankreich	9,7	7,0	5,7	9,8
Belgien	4,1	3,1	2,9	5,0
Luxemburg	2,7	1,9	1,7	3,0
Niederlande	—	—	0,2	0,5
Italien	2,1	2,1	1,7	3,0
Montanunions-Länder	37,0	32,7	16,0	37,4
Großbritannien	9,8	12,0	13,0	16,0
Sowjet-Sphäre in Europa	4,1	5,5	4,9	9,7
UdSSR.	4,9	17,2	13,4	30,9
USA.	57,3	43,0	77,0	95,5
Japan	2,3	5,9	0,1	6,5
Welt	115,4	116,3	124,4	196,0

Das umkämpfte deutsche Stahlpotential

Deutschland nahm unter den Stahlerzeugern einen hohen Rang ein, was die Aktivität der Siegermächte gegenüber dieser Industrie erklärt. Das Potsdamer Abkommen sah noch die Auslöschung dieser Industrie vor (bis auf einen unbedeutenden Rest). Je mehr die beiden führenden Weltmächte, die in der obenstehenden Übersicht nicht nur durch die absolute Höhe ihrer Produktion, sondern auch durch ihre Produktionssteigerung hervorstechen, sich entfremdeten, um so mehr waren die Westmächte geneigt, die westdeutsche Erzeugung wieder zuzulassen. Auf der Moskauer Konferenz 1947 versuchte Rußland vergebens, über den Kontrollrat Einfluß auf die Ruhrindustrie zu gewinnen. Als das mißlang, desinteressierte es sich an der Aufrechterhaltung einer gemeinsamen Alliierten Verwaltung Deutschlands.

Aber auch der Westen übersah nicht die politisch-militärische Potenz der Ruhrindustrie. Frankreich forderte die Internationalisierung dieses Gebiets, drang damit aber nicht durch, weil es das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl in Deutschland ignorierte und zur direkten politischen Intervention nur im Saargebiet die Kraft fand. Als die bloße Besatzungskontrolle der Stahlindustrie nicht mehr ausreichte, kam es 1949 zur Errichtung der „Internationalen Ruhrbehörde“, den Demontagen nicht zerbombter Produktionsstätten und der Entflechtung der Schwerindustrie. Das Ergebnis war die Zerstörung des reibungslosen technischen Ablaufs der Produktion, für die Öffentlichkeit besonders sichtbar durch die Gleichzeitigkeit des Wiederaufbaus ausgebombter Betriebe und des Abbaus einzelner unentbehrlicher Betriebsteile (z. B. schwerer Pressen, einzelner Walzstraßen usw.) oder besonders rationeller Produktionsstätten wie der August Thyssen-Hütte in Hamborn; ferner die organisatorische Zerstörung der Verbundwirtschaft zwischen Kohleförderung, Koks- und Stahlerzeugung sowie die Trennung von der ergänzenden Stahlweiterverarbeitung. Diese erfolgte Dekonzentra-

tion wird auf lange Sicht das schwerste Hindernis sein, da sie durch die Montanunion sanktioniert ist. Hierdurch hat die Rentabilität der deutschen Stahlindustrie schwer gelitten.

Ausbau der französischen Kapazität

Umgekehrt ging die Entwicklung in Frankreich. Die französische Regierung sah nach dem Zusammenbruch Deutschlands die Chance, die Vorherrschaft in Europa anzutreten, wozu eine wesentliche Verstärkung der französischen Schwerindustrie Voraussetzung war. Es begann nach der Befreiung mit der Gründung des Planungs-Kommissariats unter Monnet, über dessen Tätigkeit Paul Flandin sagt: „Das Planungskommissariat stellt wahrhaft eine außergewöhnliche Einrichtung dar. Da es weder Befugnisse noch ein vom Gesetz definiertes Statut besitzt, unterliegt es nicht der parlamentarischen Kontrolle, und sein Chef, unabsetzbar de facto, übt die Funktionen eines tatsächlichen Super-Wirtschaftsministers aus, jedoch völlig ohne der traditionellen ministeriellen Verantwortung zu unterliegen. Diese „Graue Eminenz“, die alle Regierungen der IV. Republik überlebte, versinnbildlicht die Kontinuität des staatlichen Dirigismus, der das Regime kennzeichnet. Nachdem die Vorteile dieses Systems auf nationalem Feld erschöpft sind, war es zu natürlich, sich zu bemühen, sie auf das internationale Feld zu übertragen.“¹⁾

Die französische Stahlproduktion stieg mit Hilfe großer staatlicher Investitionen erheblich. Das Ziel ist eine Jahresproduktion von 15 Mill. t Rohstahl und 3 Mill. t Gußeisen (ohne Saar) und Modernisierung der Walzwerksanlagen, Kokereien und Kraftanlagen und Einführung von Erzaufbereitungsanlagen. Hinzu kommt in Frankreich eine wesentliche Steigerung der Kohleproduktion seit Kriegsende, die aber nicht voll als Brennstoffbasis der Stahlindustrie ausreicht, so daß sie zu 10 % auf deutsche Kohle- und Kokslieferungen angewiesen bleibt.

¹⁾ Dieses Zitat und einige Daten sind entnommen aus: Horst Hahn, „Der Schuman-Plan“.

Im bemerkenswerten Gegensatz hierzu steht der Rückgang der Erzförderung. Erz war vor dem Kriege eines der französischen Hauptausfuhrprodukte. Der Erzexport, nicht nur nach Deutschland, sondern auch in alle übrigen Länder, ist nach dem Kriege fast völlig zum Erliegen gekommen, da Frankreich nur für den Eigenverbrauch förderte und mit einer Erschöpfung seiner lothringischen Erzlager in einigen Jahrzehnten rechnet. Einen besonderen Vorteil hat sich Frankreich in der Montanunion dadurch gesichert, daß seine überseeischen Gebiete, auch das verfassungsmäßig zum Mutterland gehörige Algerien, außerhalb der Montanunion liegen. In Frankreichs afrikanischen Besitzungen aber befinden sich auf längere Sicht die wesentlichen Erzreserven für die Stahlproduktion der Montanunion, so daß Frankreich hier eine politische Manövriermasse hat, um von außen her die Rentabilität der Stahlproduktion der einzelnen Mitglieder der Montanunion durch unterschiedliche Preise oder durch Lieferungsbeschränkungen zu beeinflussen.

Zusammenfassend ergibt sich das Bild eines forcierten Auf- und Ausbaus der französischen Stahlindustrie. Die Vorteile der Konzentration werden voll ausgenutzt. Die Kohleproduktion ist verstaatlicht; 6 Stahlkonzerne beherrschen gegenwärtig 71 % der französischen Stahlproduktion, nachdem ihr Anteil seit dem Kriege um fast 7 % gestiegen ist.

Deutsch-französischer Wettbewerb

Der französische Markt ist für diese Kapazität zu klein. 1949 begann deshalb bei den französischen Stahlplanern die Furcht vor einer frei entfalteten deutschen Konkurrenz und führte zum Schumanplan als einer internationalen Fortsetzung des Monnetplanes, um die deutsche Stahlindustrie unter Ausnutzung der günstigen politischen Konstellation vertragsmäßig einzufangen. Preisvergleiche zwischen Lothringen und der Ruhr, die in der Debatte angestellt wurden und die für die Ruhr günstiger auszufallen scheinen als für Lothringen, stellen in der Regel weder die

Verfälschung der Währungsrelation zwischen Franc und DMark in Rechnung noch die Tatsache, daß der deutsche Kohlepreis künstlich niedriggehalten war, was durch die Montanunion gerade aufgehoben wird. Die behaupteten Kostenvorteile der Ruhrindustrie bestehen nicht mehr nach der Modernisierung der französischen Schwerindustrie. Hinzu kommt, daß die Knappheit an Kohle mehr vorübergehender Natur ist, da große Reserven an der Ruhr lagern, die nach dem Vertrag für die Industrie der gesamten Montanunion mobilisiert werden. Die Erzknappheit wird aber erst auf längere Sicht auftreten, da die armen Erze bei Salzgitter kaum konkurrenzfähig sein dürften, die Schweden ihre Erze nur gegen reichliche Kohlelieferungen abgeben und die lothringischen Minette eigentümlich den französischen Gruben gehören und also nach dem Vertrag nicht dem gemeinsamen Markt zur Verfügung stehen.

Die voreingenommene deutsche Meinung, wir seien auf jeden Fall den Franzosen wirtschaftlich überlegen, steht im Widerspruch zu den nach dem Kriege geschaffenen Tatsachen. Die deutsche Stahlproduktion wird innerhalb der Montanunion nicht leichten Zeiten entgegen gehen.

Europamarkt und Stahlverbrauch

Man erwartet vom gemeinsamen Markt der Montanunion einen steigenden Eisenverbrauch und bezieht sich auf die Verhältnisse in den USA. Aber dieser Vergleich zieht nicht, denn es handelt sich dort um einen gemeinsamen Markt für alle Waren mit einer gemeinsamen Wirtschaftspolitk und vor allem Währungspolitik. Entsprechende Hinweise im Bundestag und im Europarat, daß die Vorteile des gemeinsamen Marktes nur durch eine echte Währungsunion zu erreichen seien, die eine gemeinsame Wirtschaftspolitik zwangsweise nach sich zieht, fanden jenseits der deutschen Grenzen taube Ohren.

Die erwartete Umsatzsteigerung gründet sich außerdem auf die Überlegung, daß durch die Montanunion eine Preissenkung als Folge der Rationalisierung erreicht wird und daß der Stahlsatz sich als Folge der gesunkenen Preise hebt.

In der Tat aber ist Stahl kein Verbrauchsgut, dessen Umsatz vom Preis wesentlich abhängig ist wie etwa Margarine. Der Stahlsatz resultiert vielmehr aus der allgemeinen Konjunkturentwicklung, deren Steigen notwendigerweise den Stahlverbrauch hebt und deren Absinken den Stahlverbrauch ra-

pide zurückgehen läßt. Hierzu ist typisch die Erfahrung der Wirtschaftskrise von vor 1933, in der die Stahlproduktion auf 30% absank, der Kohleverbrauch alles in allem (Hausbrand, Konsum und Schwerindustrie) aber nur auf 70% herunterging. Der Stahlpreis ist auch keine Initialzündung für eine allgemeine Konjunktur, denn schon bei Werkzeugmaschinen beträgt der Stahlpreisanteil im Endpreis nur etwa 10%, natürlich noch erheblich weniger bei Konsumgütern.

Mit einem steigenden Stahlabsatz der Montanunion ist mithin nur zu rechnen bei einer allgemeinen internationalen Konjunkturbelebung. Hierauf hat die Montanunion selbst nur einen sehr geringen Einfluß. Viel wichtiger ist es, den ersehnten gemeinsamen Markt von 150 Mill. Europäern durch eine Währungs- und eine allmählich sich anschließende Zollunion zu schaffen. Nur hiervon ist eine nachhaltige Konsumausweitung in Europa zu erhoffen. Wird dies nicht erreicht, so ist die deutsche Stahlproduktion innerhalb der Montanunion durch die Strukturveränderungen nach dem Kriege und den Vertrag über die Montanunion selbst stark gefährdet. Blicke die zweiseitige Hoffnung, durch Rüstungssteigerung eine echte Konjunktur zu ersetzen. (tz)

Haushaltvoranschlag und Steuersenkung

Verschiedene Meinungen zu einem umstrittenen Problem

Dynamische Budgetpolitik

Der zum ersten Male termingerecht eingebrachte Bundeshaushalt für das Fiskaljahr 1953/54 beansprucht ein weit größeres und umfassenderes volkswirtschaftliches und sozialpolitisches Interesse als seine Vorgänger. Obwohl die westdeutsche Wirtschaft nach der teilweise stürmischen Wiederaufbauperiode heute wieder relativ normale, also ausgeglichene Züge aufweist, kann der Bundesetat nur schwer und mit nichtüblichen finanzpolitischen Mitteln formal ins Gleichgewicht gebracht werden. Als größter Unsicherheitsfaktor in der Gesamtrechnung erweisen sich da-

bei diejenigen (nicht unwichtigen!) Etatposten, die sich auf die wahrscheinliche Wirtschaftsentwicklung stützen.

Steuersenkung als Antriebsmittel

Jede wirtschaftliche Prognose bedeutet ein Wagnis und kann als Grundlage weitreichender finanz- und haushaltswirtschaftlicher Entschlüsse recht gefährlich werden. Dessen scheint sich auch der Bundesfinanzminister voll bewußt zu sein. Denn er überläßt keineswegs die notwendige Steigerung des Wirtschaftsvolumens und damit des Volkseinkommen, aus der er die zusätzlichen Einnahmen gewinnen

will, der „zwangsläufigen“ Entwicklung. Im Gegenteil, er versucht, ungewöhnlich und neu in dieser Situation, mit Hilfe einer kräftigen Steuersenkung der Wirtschaft einen Impuls zu geben, um damit im kommenden Fiskaljahr einen Zuwachs des Sozialproduktes um mindestens 4,5% zu sichern. Dabei scheut er keineswegs davor zurück, den vorübergehenden Steuerausfall durch kurzfristige Verschuldung bei der Notenbank zu überbrücken, mit anderen Worten: durch zusätzliche Geldvermehrung die Lücke im Etat zu schließen. Gelingt dieses Experiment moderner fiscal policy — es sind nicht wenige, die am